

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post; Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
Gebühr für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig | Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

2. Jahrgang

Leipzig, den 15. Mai 1924

Nummer 42

Aufruf zur Unterstützung der Bergarbeiter Arbeiter und Angestellte!

Im deutschen Kohlenbergbau ist am 7. Mai d. J. die gesamte Arbeiterschaft ausgesperrt worden, um ihr das Recht auf die Siebenstundenschicht unter Tag und die Achtstundenschicht über Tag zu entreißen. Die Bergherren des Ruhrreviers begründen ihr Vorgehen mit den ihnen durch die Ricumverträge auferlegten Lasten. Sie wollen diese Lasten aber völlig auf die Arbeiter abwälzen. Seit Monaten haben sie Arbeitszeitverlängerungen erzwungen, die Löhne ständig herabgesetzt und durch fortgesetzte Tarifbrüche die Arbeiter gereizt. Jetzt soll dieser Zustand durch Zwangsschiedspruch herabgewigt und auch auf die an den Ricumverträgen nicht beteiligten Reviere ausgedehnt werden. Die Bergarbeiter haben sich nicht gebeugt, wirtschaftlich notwendige Überarbeit zu leisten. Sie haben schon monatelang Überstunden verfahren und waren auch jetzt dazu bereit, sofern ihnen das Recht auf die Siebenstundenschicht tariflich gewährleistet ist. Das Grubenkapital will aber keine tarifliche Anerkennung von Arbeiterrechten. Es verlangt die willenslose Unterwerfung der Grubenklaven. Noch ehe die Bergleute zu dem Schiedspruch des Arbeitsministeriums Stellung nehmen konnten, warfen die Bergherren die Belegschaften auf die Straße. Das Recht ist auf Seiten der bergewaltigten Bergarbeiter, die sich gegen diesen Überfall zur Wehr setzen.

Die deutsche Wirtschaft wird durch diese Aussperrung ganz unabhäufbar geschädigt. Keine Mehrarbeit wird diese enormen Verluste decken können, die der Kohlenverzehrung dadurch zugefügt werden.

Die Arbeiterschaft darf die Bergarbeiter nicht ihrem Schicksal überlassen. Die unterzeichneten Bundesvorstände rufen die Arbeiter und Angestellten auf, für die Aussperrten in allen Orten unverzüglich Sammlungen einzuleiten. Die Ortsausschüsse des ADGB und die Ortsstellen des IFA-Bundes werden ersucht, diese Sammlungstätigkeit durch geeignete Organisation und Propaganda sofort in die Hände zu nehmen. Die eingehenden Gelder sind an die Adresse: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Hermann Rube, Passierer, Berlin S 14, Inselstraße 6, zu übermitteln.

Der Kampf gegen die Bergarbeiterschaft ist der Hauptangriff auf den von der deutschen Arbeiterschaft verteidigten Achtstundentag. Dieser Angriff muß zunichte gemacht werden! Deutsche Arbeiter und Angestellte, helft uns diesen aufgezogenen Kampf gewinnen!

**Der Bundesvorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
Der Vorstand
des Allgemeinen Bundes freier Angestelltenverbände**

In Einsicht auf den für die gesamte Arbeiterschaft wichtigen Kampf der deutschen Bergarbeiter gegen die unerhörte Unterdrückung durch ein rücksichtsloses Unternehmertum richtet unser Verbandsvorstand an die gesamte Kollegenschaft das dringende Ersuchen, sich nach besten Kräften an diesen Sammlungen zu beteiligen!

In einem besonderen Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Ortsausschüsse (Gewerkschaftsstarke) werden diese zur sofortigen Einleitung von Sammlungen durch Herausgabe von Sammlungslisten aufgefordert. Als gemeinsame Benutzungsmittele gilt die Kasse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der soziale Kampf im Buchdruckgewerbe

Nach den mancherlei wirtschafts-, lohn- und sozialpolitischen Betrachtungen, die wir in den letzten drei Wochen angestellt haben, müssen nun wieder Vorkührungen aus dem eignen gewerblichen Kaleidoskop stattfinden. Was sich solchermaßen veranschaulicht, zeigt zunächst viele Zusammenhänge mit den allgemeinen Vorgängen. Es ist nicht an dem, wie bei Tarif- oder Lohnverhandlungen von maßgebender Prinzipalsstelle schon mehrmals zu hören war, daß der Deutsche Buchdrucker-Verein seine eignen Wege gehe, auch nicht durch Mitgliedschaft bei einer Arbeitgeber-Spitzenorganisation an bestimmte Marschrouten und Parolen gebunden sei. Die Tatsachen aus den letzten Monaten stehen dem doch entgegen. Die DBV-Politik ist vielmehr als Radiobetrieb der Sendestation „Deutsche Wirtschaft“ anzusehen.

Durchschlagend wird das beleuchtet durch die bisherigen Leistungsproben des neuen Hauptschriftleiters der „Zeitschrift“, der ja ebenfalls — Unglück halt ein! — von der Bürgermeisterkunst vertrieben sein soll. Daß und wie er über den Maifeierartikel des „Korr.“ hergefallen ist, war Krampf; er hat sogar in Prinzipalskreisen damit angeekelt, wie aus dem nachfolgenden Artikel „Staatsbelange!“ hervorgeht. Das ist gewiß ein vielversprechender Anfang! Wir wollen Herrn Petersen in seinem Orange, sich die Sporen an dem „Korr.“ zu verdienen, nicht groß behindern. Der „Erfolg“ soll und wird ihm ebenso sicher sein wie seinen Vorgängern! In der Nummer vom 9. Mai läßt das Prinzipalsorgan nun erkennen, daß fortan die unsern Lesern genügen geschilderte Industriepolitik in noch schärferer Betonung gepflegt werden soll. Was an der Gehilfenschaft in den letzten Monaten vom DBV. an halbschweigerischen Anstrengungen auf dem Lohngebiete vollbracht worden ist, soll nach diesen äußerst selbstbewußt vorgetragenen Debunktionen noch übertrumpft werden. Daß der zweite Vorsitzende des DBV. dadurch mit seinen im Januar in Artikelform bekundeten Anschauungen über Preissenkung, Stebung der Kaufkraft der Masse und dadurch auch Stebung der Produktion, über Schädlichkeit niedrigerer Löhne usw. völlig abgeführt wird, ist schon bemerkenswert. Daß aber auch die „Zeitschrift“ selbst dieses Schicksal teilt, indem auf einmal die Erhöhung der Mietsätze eine Rolle spielen soll — nicht die (glatt beschriftete) Steigerung der Lebenshaltungskosten —, während von dem Prinzipalsorgan bisher diese Auffassung entschieden bekämpft wurde, macht sich noch reizvoller, da hier nicht einmal Zeitunterschiede in der Argumentierung geltend gemacht werden können. Die Angriffe auf die Schlichtungs- und die Arbeitszeitpolitik des Reichsarbeitsministeriums, die jetzt zu sozialen Großkämpfen geführt hat, benehmen jedoch den allerletzten Zweifel: es wird Industriepolitik mit Wollwusch betrieben! Nach den in dem nun ablaufenden Tarifabschnitt gemachten Erfahrungen und sonst feststellbaren Strömungen kann also gesagt werden, daß der soziale Kampf im Buchdruckgewerbe unbefreitbarer als jemals geworden ist. Es ist eben vieles anders geworden.

Wenn es nach Herrn W—s in der „Zeitschrift“ (9. Mai) ginge, hat es gar keinen Zweck, noch Tarife abzuschließen. Der Hauptvorstand des DBV. werde es sich überlegen müssen, „ob er mit einem so zwiespältigen Gegner für die Folge einen Tarifvertrag abschließen können. Das ganze Vorgehen der Gehilfenschaft deutet geradezu auf einen Ruin des Gewerbes hin“. Der Urteilsspruch ist eine grobe Unterstellung, der Fragefall aber kann gar nicht eruit genommen werden. Wir glauben es ja, daß unsere Prinzipale wie die Unternehmer im allgemeinen von dem Standpunkte, die Tarifgemeinschaften seien gewerbliche Friedensdokumente, worüber Rammzule im Jahre 1905 ein viel beachtetes Buch erschienen

ließ, abgekommen sind. Die Kartellgemeinschaft selbst hat die Deutsche Buchdrucker-Vereinspolitik — nicht die Prinzipalität im allgemeinen — Ende 1922 zu Fall gebracht. „Doch vom Tarifvertrag“ mag schon von manchem Prinzipal als folgerichtig aus dem neuzeitlichen Scharfmacherlexikon übernommen worden sein. Indessen geht es mit dem Weiterbuchstabieren daraus doch nicht so schnell. „Beim ersten sind wir frei, beim zweiten sind wir Knechte!“ Goethe ist in diesem Falle so zu verstehen, daß die tarifhaften Prinzipale bei ihrem Voratz frei sind, in der Ausführung aber würden sie Knechte der sie umgebenden Verhältnisse sein, und diese wieder werden in erster Linie von den Gehilfen bestimmt. Das hat die Aprilaktion, die doch wirklich keine kommandierte Sache von einer Gehilfeninstanz gewesen ist, was nach verschiedenen Vorgängern in früheren Nummern (auch Prinzipalsberichtsberichten) von W—s ebenfalls zugegeben wird, klarlich dargetan. Wenn es d a trotz allen starken Gejeters über gehilfenseitigen Tarifbruch nicht möglich war, den Tarif über Bord zu werfen, dann sollte man nicht nachträglich Fragen aufwerfen, deren man doch nicht Herr werden kann. Wir möchten aber an noch einem Sache dokumentieren, wie entweder welt- und tatsachenfremd oder auch unberschämmt auf der andern Seite bisweilen gewerbspolitische Dinge berührt werden. W—s fragt nämlich: „Hat die Gehilfenschaft denn auch bei niedergebender Konjunktur auf die Wirtschaftlichkeit der Betriebe Rücksicht genommen, oder wird sie das für die Folge tun? Dann nur zu, dann werden sich bald Abstriche an den Lohnsätzen einstellen.“ Man kann getrost sagen, daß von 1914 bis zur jetzigen Konjunkturperiode und Aprilaktion es ein dauernder Leidensweg für die Gehilfenschaft gewesen ist, womit sich keine Intervalle der Ungunst für die Prinzipale messen kann. Die neuen Mitarbeiter der „Zeitschrift“ scheinen durchaus nicht alle das Meistzeugnis zu besitzen!

Es kommt trotz W—s und andren am 16. Mai zu neuen Tarifverhandlungen: Manteltarif, Ortszuschlagreglung, Arbeitszeitabkommen und Lohnabkommen laufen am 31. Mai ab. Die Berechnerkommission ist im Februar auch ohne Ergebnis auseinandergegangen und hat im Auftrag, bis zum 31. Mai endlich nun zum Ziele zu gelangen. Trotz aller direkt oder indirekt von Prinzipalsseite zu hörenden mannigfachen Heilsbotschaften glauben wir nicht, daß die offizielle Prinzipalität wieder eine Verhandlungsserie von acht Wochen erleben möchte, wie es durch ihre Widerstände und Unklarheiten ungefähr von Dezember- bis Februarmitte der Fall gewesen ist; das Lohngebiet hat ja bis Mitte April noch einen heißen Kampf Boden abgegeben. Bei den Verhandlungen zur Erneuerung des von der Prinzipalität gekündigten Manteltarifs im Dezember handelte es sich für die andre Seite um ausgemachte Konjunkturpolitik! Alles Abstreiten nützt nichts. Konjunkturpolitik ist noch nie ein höherer Vernunftschluß gewesen, war immer wechselnde Machtspolitik. Es ist deshalb, weil die Prinzipalität nun doch wohl einen Weichselkopf in der Suppe gefunden haben wird, auch anzunehmen, daß sich solche überfugelnden Anträge wie für die Dezemberverhandlungen (siehe Auszüge daraus im „Korr.“ Nr. 110 von 1923) nicht wiederholen werden. Das war eine schwere Provokation der Gehilfenschaft, die n o c h i n d e r A p r i l a k t i o n a l s w i r k u n g zeitig! Ob der Gaueifer-Wund der Lohnregionalisten nach den Aprilerfahrungen gerade in den Mittel- und Kleinen Druckorten wieder zum Vorschein kommen wird, da er ja nun nicht mehr allein auf die vermeintliche Wackelhaftigkeit des DVB. seinen Bohn entladen kann, vielmehr meistens selbst bewilligen mußte, kann kaum noch als eine Weltfrage angesehen werden. Warum in aller Welt aber Herr Säuberlich am 2. Mai wieder sein altes Steckenpferd in der „Zeitschrift“ ritt und rundheraus forderte: „Bei den bevorstehenden Tarifberatungen muß der Stützentlohnung — und zwar der grundsätzlich auf allen Arbeitsgebieten zulässigen — freie Bahn eröffnet werden“, das werden weder die Prinzipale noch die Götter wissen. Herr Säuberlich ist eine hochstehende fachliche Autorität. Die Parole „Doch vom Tarife“ wird für ihn gar keinen Wert haben. Daß er tarifliche Schmerzen hat, ist an sich nicht schlimm — aber das Berechnen in allgemeinsten Ausdehnung (beim Druck vorzugsweise) wieder in die Verhandlungssfrage werfen, wo doch die Prinzipale immer weniger von dem Berechnen im Hand- und im Maschinensache wissen wollen, und wo die Prinzipalsvertreter bei den Dezemberverhandlungen einfach ratlos vor dem doch nicht von Gehilfenseite aufgeworfenen Problem des allgemeinen Berechnens standen, das ist denn doch viel. Eine solche Belastung der neuen Verhandlungen wäre nicht zu verantworten, zudem Herr Säuberlich die praktische Nutzbarmachung des Berechnens an allen Maschinen — worauf ja die Sache hinausläuft — selbst für nebenächlich hält. Die bei der Neuordnung der Lokalzuschläge nicht der Zahl nach, aber in bestimmten Fällen durchdrückten Verabreichungen sind für die Aprilaktion ebenfalls zu größerem Atmosphärendruck geworden, desgleichen die von der

Prinzipalität im Verein mit dem Reichsarbeitsministerium bereits im November durchgesetzten Verschlechterungen in den Lohnstaffeln (die Überstundenregelung bildet auch noch ein Objekt der Wiedergutmachung). Wie auch die Schlichterstellung der Maschinenjeker in ihrem Aufschlage zu der Explosion im April einen Teil der Ladung ausmachte. Das Arbeitszeitabkommen hat nicht zuletzt durch seinen ihm mit Unterstützung des Reichsarbeitsministeriums gewordenen diktatorischen Charakter und der immer wieder versuchten, einem Tarifbruch gleichkommenden Mißachtung seiner Voraussetzungen (Anordnung allgemeiner Einführung durch Organe des DVB.) zur Aufregung beigetragen. Der neue „Zeitschrift“-Mann hat sich bereits als ein strammer Verkünder des modernen Unternehmerevangeliums der langen Arbeitszeit eingeführt, um so mehr muß die Gehilfenschaft die Notwendigkeit und Richtigkeit des Achtstundentages anerkennen und dafür eintreten. Eine jedem Wirklichkeitsinn abholde Schematisierung wird unter vernünftigen Arbeiten dadurch nicht zur Parole erhoben werden. Da die Indexzahlen, die der neue Mann der „Zeitschrift“ ein „wirtschaftliches Übel“ nennt — jedenfalls, weil sie eine dem Lohndruckbestreben so unbequeme Sprache reden —, im Reich, in den Ländern und in den Städten nur noch die Richtung nach oben haben, müßte in der Lohnfrage jeder Mißlungstreit ausgeschlossen sein. Die Schriftgießer haben bei ihren letztmaligen Verhandlungen (25. April) einen bestimmten Indexzahl als Ausgangspunkt für neue Lohnverhandlungen festgesetzt; diese Zahl wird in dieser Woche erreicht werden. Die Schriftgießereibesitzer, die doch das mitbeschlossen haben, sind also anderer Auffassung als die „Zeitschrift“. Da außerdem von der Aprilaktion Unbequemlichkeiten zurückgeblieben sind, wird also auf dem Lohngebiete der soziale Kampf wiederum stärkere Ausstrahlungen finden.

Die Gehilfen- wie die Prinzipalsvertretung werden erst noch über die Verhandlungsvorlagen nähere Bestimmungen zu treffen haben. Wir können hier also nicht in Programmform machen. Wenn an leitender Prinzipalsstelle die Absicht bestehen sollte, die Verhandlungen zu vereinfachen, so wird gewiß bei der Gehilfenvertretung, die diesmal nach den alten Tarifreihen zusammengestellt ist, Bereitswilligkeit dazu nicht minder vorhanden sein. Die für den provisorischen Tarifabschnitt vom 1. Januar bis 31. Mai aufgewendete Zeit, Mühe und Kosten sowie die aus der Aprilaktion resultierenden Erfahrungen müßten also die bevorstehenden Verhandlungen mehr im Zeichen des Ausgleichs stehen lassen, als von der Absicht diktiert sein, von Grund auf einen Tarifneubau vorzunehmen. Illusionspolitik ist gerade beim sozialen Kampf gefährlich.

Hat der heftige Zusammenprall im April aber den Boden zu den Maiverhandlungen geebnet gemacht? Sind für den Generalstab des DVB. die Erfahrungen vom April auch gegebene Tatsachen? Oder will man an der Glaubensstärke dennoch richtig befolgter Gewerbspolitik weiter dem, was ist, nachhinken? Sprechen wir zunächst von der G e h i l f e n s c h a f t.

Die Aprilaktion ist in ihrem Verlaufe durch den „Korr.“ in sieben Nummern (aber weit mehr Artikeln) so eingehend geschildert worden, wie es bei einem solch eigenartigen Kampfe der Arbeiterschaft eines Gewerbes, der als der Abwehr und dem Angriff dienend betrachtet werden kann, nur möglich ist. Die Wiederaufnahme der auch durch Schiedspruch abgeleiteten Gehilfenforderung eines Spitzenlohnes von 35 M. geschah impulsiv aus der Gehilfenschaft heraus, ihre eigentliche Durchsetzung mußte aber abhängig bleiben von den jeweiligen örtlichen Verhältnissen. Man kann also nicht grundsätzlich die Ergebnisse gegeneinander abwägen oder ausspielen. Für die nötige Mobilmachung hatte aber die Prinzipalität nicht allein durch die hintereinander dreimalige Ablehnung höheren Lohnes mit dem begleitenden zweimaligen Versuch einer Lohnreduktion genügend gesorgt, auch die ganze Lohngebarung im Jahre 1923 (siehe Artikel und Tabelle in Nr. 35 S. 211/212) wie die mit einem gewissen Fanatismus betriebenen Parolen der Kurzarbeit im Jahre 1923 u n d der Längerarbeit im Jahre 1921 — der große Widerspruch wirkt schon an sich — hatten Bündstoff über Bündstoff zusammengesammelt. Unfre Verbandsleitung konnte also in ihrer Bündmachung vom 11. April von der dauernden Beunruhigung unfres Gewerbes infolge der von den Unternehmern verfolgten kurzfristigen Lohnpolitik sprechen und mußte die Folgen davon wie die Verantwortung dafür ablehnen. Eine allgemeine Parole konnte von ihm nicht ausgegeben werden und brauchte es nach Lage der Dinge auch gar nicht. Das ist von uns schon mehrmals im „Korr.“ hervorgehoben worden. Auch von Prinzipalsseite wurde in Artikeln wie in Versammlungsberichten angegeben, daß keine Direktiven zu einer allgemeinen Aktion für die Gehilfenschaft vorlagen, was vor allen Dingen von Erkenntnis der eigenen agitatorischen Kraft für die Durchführung des sozialen Kampfes im Buchdruckgewerbe zeugt. In dem kleinen Schriftgießergewerbe hat im April ja auch eine von unten

getragene, aber von oben (Prinzipalität) geborene Bewegung ein Durcheinanderschütteln gebracht.

Von einem besondern Rückblick auf die Aprilaktion vom Gehilfenstandpunkte aus kann daher abgesehen werden. Es ist Tatsache, daß zur Stärkung der gewerkschaftlichen Initiative in der Gehilfenchaft die Prinzipalstaktik jetzt ungemein viel getan hat. Es konnte aber nach Lage der Verhältnisse eine gewisse Ungleichheit im Vorgehen und im Abschluß nicht ausbleiben, das Ganze ist dennoch vorgetragen worden. Es muß auch begriffen werden, daß nach erfolgter Verbindlichkeitserklärung Verbandsvorstand und „Korr.“ sich für die Beendigung der noch im Gange befindlichen Aktionen einzusetzen hatten. Den kritischen Stimmen deswegen stehen ja mehr gegenüber, die der Haltung von Verbandsvorstand und Redaktion in der ganzen Zeit Anerkennung zollen. Wie schon einige Male von uns betont worden ist, kann es aber unmöglich gehen, daß nach allgemeiner Beendigung der Aprilaktion Mitgliedschaften noch die Aufnahme ausführlicher Rückblicke in den „Korr.“ verlangten und jetzt noch damit kommen. Wir haben von solchen Einsendungen deshalb nur berücksichtigt, was auf die neuen Verhandlungen im Mai abzielt. Das kann doch wirklich genügen. Wir müssen uns ja ebenfalls auf das Notwendigste beschränken.

Ein paar besondere Umstände sollen aber noch gestreift werden: Dem örtlichen Vorgehen der Gehilfen hat sich an einigen Orten Widerstand besonderer Art entgegengestellt, indem den zufolge Bewilligung allein weiter erscheinenden Arbeiterzeitungen auf einmal von bürgerlicher Seite keine Inserate mehr zugingen. Das hat da oder dort Zwangslagen geschaffen.

Obwohl die Tagespresse überwiegend sofort den Spitzenlohn von 35 M. bewilligte, sind doch an einigen Orten Einheitszeitungen herausgekommen. Wirkliche Gehilfen haben daran nur wenig Mitläuferschaft verliert; es waren meistens sogenannte Avancierte, über die das Urteil feststeht. Der schlimmste derartige Fall hat sich in Erfurt abgespielt, wo sogleich eine ernste Situation entstand. Dort hat ein Geschäftsführer, der in Berlin wie in Erfurt an der U.S.P.-Presse tätig war, in erster Linie das Erscheinen einer Einheitszeitung der bürgerlichen Presse möglich gemacht. Derselbe Emil Lampe hat aber im August v. J., als von Mitteldeutschland aus die große Sabotageaktion des Schiedspruches mit dem wertbeständigen Lohne von der bürgerlichen Presse ausbrach, als Geschäftsführer der „Tribüne“ gleich durch mehrere Artikel in diesem linksstehenden Arbeiterblatte der Prinzipalität heftige Vorwürfe über ihre Lohnpolitik gemacht! In Nr. 78 auf S. 507 v. J. ist einiges über diese damals wackere Verteidigung der Gehilfeninteressen zu lesen. Dieser Lampe hatte schon als oppositioneller Berliner Delegierter auf unserer Nürnberger Generalversammlung im Jahre 1920, wo er sich als begeistertster Verechter des „viel geschmähten revolutionären Betriebsrätegebankens“ ausgab und die internationale Solidarität über alles stellte, der Prinzipalität Urfehde geschworen: „Wir können uns nur durch Kampf gegenüber diesen Leuten durchsetzen“. Wer den Vielredner Lampe noch weiter kennen lernen will, der lese im Nürnberger Generalversammlungsprotokoll seine Ausführungen nach auf den Seiten 17, 72, 123, 143, 181. In der Erfurter Kollegenschaft hat er auch immer den Ton angegeben, wenn der soziale Kampf im Buchdruckergewerbe lebhafter ging. An diesem dunklen Punkte der Aprilaktion kann nicht vorübergegangen werden.

Dem „Typograph“ möchten wir auf seine anmaßenden Behauptungen vom 18. April nur sagen: Es ist ein Grundirrtum, zu behaupten, in den christlichen Gewerkschaften gäbe es nur eine Richtung; wir nennen für unsere gegenseitige Behauptung die Namen Stegerwald und Waltrusch—Giesberts. Die Leitartikel des „Typ.“ Nr. 14 und 15 sind und bleiben Widersprüche; Giesbertscher und Stegerwaldscher Geist stehen sich da gegenüber. Der Satz im Leitartikel „Wir fordern soziale Löhne!“ (2. Mai): „In Fragen der Arbeitszeit und der Art der Lohnpolitik sind neue Regelungen unabweisbar geworden. Nur Demagogen von links können das bestritten“, zeugt von einer Auffassung, wie sie bei der Aprilaktion im Gutenbergsbund schließlich die Oberhand gewonnen hat. Daß man bei dieser nicht von dem Gesichtspunkte und den Erfahrungen des Berliner Novemberstreiks ausgehen durfte, ist ja wohl nachträglich eingesehen worden, und daß das Mitgehen der christlichen Gewerkschaftsleitung mit dem DDB gegen den von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände versuchten Lohndruck unter Auspielen von Mährungsgefahren usw. (siehe Nr. 37 des „Korr.“) absolut gegen den Standpunkt des „Typ.“ und seine Haltung gegenüber der Aprilaktion der Buchdrucker spricht, bereitet doch gar keine nachantlichen Schwierigkeiten. Der Ausgang der Aprilaktion entspricht jedenfalls nicht dem, was der „Typ.“ und am 18. April hochtrabend vortragen wollte. Auf weitere Klärungsfragen einzugehen, erübrigt sich für uns.

Wenn die Aprilaktion gegen die Prinzipalität richtig ausgewertet werden sollte, was für die Maiverhandlungen gar nicht nebensächlich wäre, würde sich zu den bereits erschienenen Artikeln noch eine ganze Reihe weiterer erforderlich machen. Dabei müßte noch von Wiederholungen abgesehen werden, denn man ist drüber auf immer neue prinzipielle, taktische und ideologische Abnormitäten gekommen.

Beginnen müssen wir mit einer besonderen Angelegenheit. Der „Zeitungsverlag“ hat am 25. April die ihm von unsrer Verbandsleitung auf unsinnige Unterstellungen hin überhandte preßgesellschaftliche Verächtigung (siehe „Korr.“ Nr. 37 S. 226) gebracht. Die unfaire Handlungsweise des betreffenden Dezernenten, der sich damit für eine an ihm von uns vorgenommene Stäupung wegen Unverschämtheiten über den „Korr.“ (siehe Nr. 31 S. 181) rächen wollte, aber mit seiner „Entdeckung“ gegen den Verbandsvorstand einem Schwindelmandat zum Opfer fiel, wird in den Marginalien dazu aber noch unterstrichen. „Vorläufig“ wird nämlich zu der Verächtigung bemerkt, daß dennoch an der Aprilaktion eine politische Wuchtprobe nicht zu bestreiten sei, und daß zur Überführung des Verbandes hierzu durch ein im „Zeitungsverlag“ abgedrucktes Schreiben ja „Veranlassung genommen wurde, weiteres und näheres in Erfahrung zu bringen“. Am 11. April wurde der ebenso böswillige wie alberne Angriff im „Zeitungsverlag“ mit dem die ganze Unvorsichtigkeit offenbaren den Zusatzfügen gebracht, es sollten erst noch Recherchen erfolgen. Am 25. April bringt man endlich die Verächtigung und stampelt sie in der Überschrift als Dementi in Gänsefüßchen, kann aber nur wieder auf die noch ausstehenden Recherchen verweisen. Am 9. Mai ist man damit immer noch nicht weitergekommen und läßt nun jedenfalls unfairerweise die Sache auf sich beruhen, weil der Betreffende nicht die Ehrlichkeit aufbringt zu der Erklärung, den Verband zu Unrecht ganz erheblich verdächtigt zu haben. Den Fall werden wir dem Arbeitgeberverband für das Deutsche Zeitungsgewerbe nicht schenken!

Wie in der „Zeitschrift“ Verbandsvorstand und Redaktion immer wieder angebellt worden sind; einmal wegen der ganzen Haltung, dann wegen des Lones bei den Lohnverhandlungen der letzten Zeit, alsdann über die Schreibweise des „Korr.“, das ist nur untrüglicher Beweis für die Richtigkeit des gesamten Handelns in dem so kurzen Tarifabschnitte. Wer der andern Seite mit dem Wahrheitspiegel kommt, der kann auf ein Trommelfeuer von Liebenswürdigkeiten und Beschuldigungen rechnen, bei denen sachgemäße Widerlegung und Salontone nicht vorherrschen. Man hat selbst versucht, bei Aussprachen mit Verbandsfunktionären diese gegen den „Korr.“ scharf zu machen. Dem „Korr.“ nachzusagen, ihm müßte ein gut Teil der Aprilaktion auf sein Konto geschrieben werden, ist aber zu viel Anerkennung. Wir hätten es auch bei allerhöchster Verfechtung der Gehilfeninteressen tatsächlich nicht fertig gebracht, eine solche Bewegung zur Auslösung zu bringen; das war n u r möglich durch die Art und Weise, wie seit Jahr und Tag der soziale Kampf im Buchdruckergewerbe durch die falsch eingestellte DDB-Politik verschärft worden ist, worüber im ersten und im zweiten Abschnitte schon genug gesagt wurde. Die „Papierzeitung“ hat darüber ja auch bemerkenswerte Auslassungen gebracht.

Der Vorwurf des Tarifbruches ist in der „Zeitschrift“ und im „Zeitungsverlag“ in allen Tonarten und in verschiedenen Beziehungen gegen den Verband erhoben worden unter Berufung auf den § 32 des Tarifs. Dieser Paragraph bestimmt auch: „Kampfmassnahmen dürfen nicht stattfinden, a) bevor das t a r i f l i c h e Schlichtungsverfahren durchgeführt ist, b) wenn ein b i n d e n d e r Schiedspruch oder ein Vergleich vorliegt“. Wir fragen die Gegenseite einbringlich:

1. Ist es nicht Tarifbruch von Prinzipalseite gewesen, als im August 1923 entgegen den rechtskräftig abgeschlossenen Lohnabkommen in weitem Umfange zur Zahlung niedrigerer Löhne, zur Kündigung der Personale und zur teilweisen oder gänzlichen Schließung der Betriebe aufgefordert und übergegangen wurde?
2. Ist die nach dem Schiedspruch vom 19. Dezember 1923 in offiziellster Form vom Deutschen Buchdrucker-Verein und vom Arbeitgeberverband für das Deutsche Zeitungsgewerbe am 31. Dezember angeordnete Generalaussperrung mit der Weisung nur noch freisweiser Regelung der Löhne mit dem § 32 des Tarifs irgendwie zu vereinbaren gewesen?
3. War die am 11. April 1924 in Leipzig offiziell verfügte Aussperrung (Kündigungslöse Entlassung) auch der nur 48 Stunden arbeitenden, also an der Verweigerung der Mehrarbeit unbeteiligten Mehrheit der Lohnarbeiter Gehilfen und Hilfsarbeiter nicht ein ganz effektvoller Tarifbruch?
4. Hat nicht gleich am 11. April 1924, nachdem an diesem Tage der Schiedspruch vom 2. April bindend gemacht worden war

durch den Reichsarbeitsminister, der Verbandsvorstand diese Tatsache bekanntgegeben und in einer sofort erschienenen Sondernummer des „Storr.“ erklärt, daß „die aus den Mitgliedschaften impulsiv hervorgegangene Bewegung nun abgebrochen werden muß“?

Diese nackten Anführungen und Gegenüberstellungen müssen für objektive Menschen genügen (zumal der „Storr.“ dann wiederholt noch aufforderte, die Aktion nun einzustellen) zur Feststellung, daß die Prinzipale und Zeitungsverleger absolut kein Recht haben, der Gehilfenschaft Tarifbruch vorzumerfen. Die häufig zur Weilegung der Konflikte im April tätig gewesenem Schlichter hätten bei Vorliegen von Tarifbruch der Gehilfen diesen doch jedenfalls nicht zu ihrer Forderung verholfen.

Einigen Artikeln in der „Zeitschrift“ noch zu urteilen, worunter einer des zweiten DVB-Vorsitzenden durch seine totale Wirklichkeitsfremdheit am meisten auffiel, hat die Prinzipalität bei der Aprilaktion gut abgeknitten. Die Gehilfenschaft habe wohl „eine lokale Erfolge“ zu verzeichnen, aber „für die Prinzipale, die mit einigen Ausnahmen zur Durchlegung des Schiedsspruches sich bekannten, wird die moralische Debetbuchung dauernden Nutzen und neue Kraftquellen bringen.“ (Nr. 36 der „Zeitschrift“). In Nr. 35 aber hieß es im Leitartikel: „... es kamen die Nachrichten, daß hier und dort die Gehilfenschaft durch ihr geschlossenes Vorgehen gewisse Erfolge erzielt hatte. Diese Teilerfolge sind im Interesse der ganzen Sache zu be-
dauern und nur darauf zurückzuführen, daß an den betreffenden Orten unsere Weisungen nicht befolgt wurden.“ Das klingt erheblich anders, und in Wirklichkeit ist der Verlauf ja noch ganz anders, wenn auch, wie schon einmal gesagt, unsere Kollegen nicht allenthalben das Ziel ihrer Forderungen erreicht haben.

Das eine dürfte feststellen, der Reichsarbeitsminister und der Schlichter des RMV. vom 2. April werden sprachlos sein, wie entgegen den heiligen Versicherungen der Untragbarkeit eines Spitzenlohnes von 35 M. sogar bei kleinsten Druckereien und in kleinsten Orten die Bewilligung desselben gar keine Schwierigkeit bereitet hat. Voran die Tagespresse, deren Untergang durch angemesseneren Löhne im „Zeitungsverlag“ schon so oft an die Wand gemalt worden ist. Die allgemeine Kredit- und Kapitalkrise, deren Bestehen gar nicht bestritten werden soll, schieben einfach nicht vorhanden zu sein im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe.

Wenn jetzt bei den Prinzipalsvorberatungen die Situationsberichte tatsachenentsprechend erstattet werden, dürfte das Staunen groß werden. Wir sind gebeten worden, das Resultat der Aprilaktion in Ostpreußen ausführlich zu bringen, weil auf diesen Preis sich die Verschlechterungsabsichten immer am meisten konzentriert haben. Man lese nun unter „Korrespondenzen“ in dieser Nummer aus Ostpreußen: 650 Gehilfen und 100 Hilfsarbeiter sind, zum Teil ansehnlich, über den Schiedsspruch hinausgekommen! Im Jahre 1921 aber unternahmen die ostpreussischen Prinzipale einen Vorstoß, vom Tarife loszukommen! (Für Herrn W—s und andre jedenfalls eine heilsame Belehrung!) Überhaupt ist im gesamten Osten, wo seit Jahren die „Tarifreformer“ und Sonderbündler am Werke sind, das Ergebnis günstig zu nennen. Einen vollständigen Überblick haben wir noch nicht. Aus den uns dankenswerterweise übermittelten Informationen können wir aber schließen, daß auch sonst noch das Ergebnis gut ist. Wo die Prinzipale organisatorische Schwierigkeiten beklagten, sind Wirtschaftsbefehlführer und Leistungszulagen gewährt worden, namentlich letztere weisen großen Umfang auf, und zwar nicht nur als druckereiwweise Erscheinung. Wir sind mehrfach gebeten worden, nichts Näheres darüber zu bringen. Herr Säuberlich hat sich kürzlich in der „Zeitschrift“ gegen die Verallgemeinerung der Leistungszulagen gewandt, das könnte „zu Vergewaltigungen einzelner Betriebe führen“, auch zu andern Mißheiligkeiten. Aber selbst in Leipzig sind gleich nach der Aussperrung jetzt ohne irgendwelchen Zwang Leistungszulagen in weitestem Umfang von sehr namhaften Firmen gewährt worden. Die Leistungszulagen haben durch die Aprilaktion jedenfalls nun gute Förderung erfahren.

In der „Zeitschrift“ ist auch zum Ausdruck gekommen, daß mit den bewilligungsbereit gewesen Firmen noch Abrechnung gehalten werden würde. Das wird wohl nicht so schnell werden, weil man gar nicht so viele Mitglieder erkommunizieren könnte. Uns ist bekannt, daß sehr angesehenen Firmen ihren Austritt aus dem DVB. erklärt haben, weil sie diese Scheinlappenpolitik nicht mehr mitmachen wollen. Beschränkungsversuche haben ihren Zweck verfehlt. Bei der Aussperrung in Leipzig sind ja auch einige Verleger druckereiwweise zu absolut nicht zu bewegen gewesen. Daß bei Wiederholung einer Aussperrung bestimmte größere Firmen sich davon anschließen werden, wissen jetzt schon die Leipziger Staven von den Dächern. Man wies sich also hüten, den Bogen noch mehr zu überspannen

untereinander. Daß von der Generalaussperrungsorder im Dezember in sechs Gauen, von denen uns vollständiges Material vorliegt, 38 Proz. der Gehilfen unberührt blieben, läßt für die allgemeine Befolgung nur noch ungünstigere Schlüsse zu.

Gegenüber der Gehilfenschaft hat man sich ganz offensichtlich ver-rannt. Die Tatsachen aus dem Prinzipalslager bei der Aprilaktion bezeugen das offensichtlich. Aus Tatsachen aber muß gelernt werden! Aus den Tatsachen der Aprilaktion ergeben sich auch Lehren für die Gehilfenschaft; die Aktion selbst steht jedoch auf der Debetseite der Gehilfenschaft. Folglich hat der Generalstab des DVB. in den Rahmen der Vernunft zu steigen. Das möge sich bei den übermorgen beginnenden Tarifverhandlungen zeigen, ansonst der soziale Kampf im Buchdruckgewerbe noch stärkere Ausprägung erfährt.

„Staatsbelange!“

Der Marxismus ist tot! Der neue Leitartikel der „Zeitschrift“ hat ihn und seine Dogmen in einem lichtvollen Artikel für banal erklärt, Zweifelloser hat ihn kritisches Studium der Quellenliteratur von Marx, Engels, Kautsky, Bernstein usw. sowie wirtschaftspolitische Analyse der Gegenwart zu dieser Überzeugung gebracht.

Armer Karl Marx, jetzt bist du das zweite Mal und endgültig gestorben! Warum hat sich dieser Mensch auch „den Blick für volkswirtschaftliche Zusammenhänge im Ausland“ nicht ebenso geweitet wie sein Überwinder, der weiß, daß „Hochkapitalismus gleichbedeutend mit einer umfassenden und vertiefenden Verankerung der wirtschaftlichen Machtstellung und Expansion“ ist? Und Marx hätte es doch so leicht gehabt. Sein Vaterland sorgte mehr als väterlich für ihn, als es ihn swang, in Frankreich und England zu leben. „Hochkapitalismus“ — es ist wohl Trübsalbildung gemeint — gab es zwar damals noch nicht, trotzdem hat aber ein gewisser Engels, der jetzt zusammen mit seinem Meister von der „Zeitschrift“ überwunden ist, damals folgendes über die voraus-sichtliche Bahn des Kapitalismus zu schreiben sich vermaßen: „Nach und nach befehleutigt sich die Gansart, fällt in Trab, der industrielle Trab geht über in Galopp, und dieser steigert sich bis zur zügellosen Karriere einer vollständigen, kommerziellen und spekulativen Steeplechase, um endlich nach den halbbrecherischen Sprüngen anzulangen — im Grade des Rachs!“ Verbohrte Marxisten sollen behaupten, daß diese Voraussage Punkt für Punkt, in Deutschland z. B. zur Evidenz, sich bewahrheitet hat — bis auf den Rachs, vor dem wir unmittelbar stehen. Daß Marx' Ideen nichts taugen konnten, erblickt schon daraus, daß in seinem Hauptwerke „Das Kapital“ die Worte „Vertiefen, Verankerung, Belange, Aufsicht“ nicht die überragende Stellung einnehmen, wie sie sie ihrem tiefen Sinne und ihrer Bedeutung im deutschen Sprachgebrauch nach zu beanspruchen gehabt hätten. Sprechen wir nicht mehr von Marx!

Daß die Anhänger eines solchen Mannes sich auf Grund „verantwortungsloser Verheißung nur in wildesten Drägen“ ergehen können und die „gemeinsame Not“ nicht begreifen, die sie haben, zu leben, und die die Kapitalisten haben, ihr Geld vor der Steuer in Sicherheit zu bringen — eine Tatsache, die sie eigentlich Schulter an Schulter in treuer Rotgemeinschaft zu überwinden hätten — versteht sich am Rande. Was tut ein anständiger Mensch gegen „böswillige Verleumder, die an die niedrigsten Instanzen des Menschen appellieren?“ Er versucht es mit einer kleinen Denunziation wegen Landesverrats, da ja gerade auf diesem Gebiete die Justiz erhebliche Erfolge aufzuweisen hat. Kommt noch Nihilismus — der blüdgeweitete Verfasser denkt an Bakunin, Kravotkin und ihre französischen Vorbilder — und gar in „höchster Reinkultur“ — man beachte den superlativischen Superlativ — hinzu, so kann dies sogar so stark verschärfend wirken, daß die Angelegenheit vor einem bayerischen Volksgericht zur Beurteilung gebracht werden könnte. Wie kann ein denkender Mensch gerade den Kapitalisten solche gemeinen Vorwürfe machen, „allein mit kühnen Nerven Deutschland vor dem Schicksal Rußlands bewahren?“ Niemand denkt mehr daran, wie Stinnes, Vogler, Eugenberg, Thyssen und all die andern Wirtschaftsführer die gegen den Kommunismus kämpfenden Volksbeauftragten mit ihren Leibern bedekten, als sie einen Tag lang in dichtem Zuge ohne Waffen, gefolgt von ihren Lehnsleuten und Vasallen, den Generaldirektoren, durch die Wilhelmstraße zogen, da die von Spartakus aufgepeitschten Massen mit Waffengewalt die Macht erobern wollten! Undank ist der Welt Lohn!

Und dann die verfluchte Bestechung und Korruption, die diese Sozialisten in die Welt brachten! Welcher Heereslieferant z. B. hätte es früher gewagt, einem königlichen Beamten Proposition anzubieten? Wer hätte auch nur den Mut zum Versuche gehabt, seine Reklamation mit Geld zu erkaufen? Wie anders beispielsweise in Amerika, wo der Kapitalismus, die Wirtschaft zur Höhe gebracht hat! Daß der Panama- und der Petrol-schandaal sowie der Stimmenkauf bei den Wahlen dort nur eine böswillige Erfindung der Sozialisten sind, die dem vertrusteten Kapital ein auszuweichen wollen, muß ja doch jedem „denkenden Menschen“ klar sein.

Auf das Problem des Kostentages hier in gedrängter Kürze einzugehen, ist leider nicht möglich. Die Präzedenz der Diktion verbunden mit umfassendem Wissen, die Werteküllendes in einem Satz zum Ausdruck bringt, eignet nur besonders Beamneten. Die „Zeitschrift“ hat eben mit ihrem neuen Leitartikel Glück gehabt. Was die Arbeitsleistung angeht, so ist ihr Zurückgehen nichts weiter als Böswilligkeit der Marxisten. Während fünf eiserner Jahre hat der Staat aus Mitleid mit den Nichtbestehenden durch Rationierung der Lebensmittel dafür gesorgt, daß jeder nach altem royalistischen Prinzip sein Duhn im Topf habe und nicht etwa einer drei und zwei andre gar keine, so daß gerade

in diesen Jahren durch die Fürsorge des Staates die Arbeiter sich besser standen als je zuvor. Der Nachwuchs und die Kinder in den Entwicklungsjahren mußten also besonders gut geübt und eigentlich noch mehr Arbeit leisten können als ihre Altvordern. Frisch gekräftigt an Leib und Seele kam der „Mann“ aus dem Stahlbade des Krieges in die Heimat zurück, um die ihm hingeworfenen Millionen der zu seinem Wohle von der Reichsbank herbeigeholten Inflation in seine Tasche zu hamstern. Nicht genug damit, fand er in seiner alten Werkstatt völlig neue Maschinen vor resp. ist heute die letzte alte Maschine durch eine neue ersetzt. Ganz richtig sagte sich der Unternehmer, daß veraltete und abgenutzte Maschinen die gestählte Arbeitskraft des Arbeiters nicht steigern könnten. Darum verkaufte er Brillanten, Perlsperleppige und sonstige Sachwerte und ersetzte seine verbrauchten Produktionsmittel durch neue. Dabei kommt es, daß jetzt z. B. in allen Druckereien funktionsneue Maschinen stehen, die, wenn der Arbeiter nur wollte, ebensoviel leisten würden wie die von 1914. Soweit Wirtschaftliches.

Aber man kann auch philosophisch. Nur ein Kerl wie Marx konnte ein Buch schreiben „Das Elend der Philosophie“. Kant! — Kant hat Rabbinerdrat Tagore als Mann des Tages abgelöst. Aber wie trocken formuliert er seinen kategorischen Imperativ, abgesehen davon, daß er fürchterlich dabei jeden patriotischen Einschlag vermissen läßt. Doch man weiß sich zu helfen:

Handeln sollst du so, als hinge von dir und deinem Tun allein das Schicksal ab der deutschen Dinge, und die Verantwortung wäre dein.

Ein prachtvoller, wenn auch unvorhergesehener und unvermittelter Abschluß, Deus ex machina. Lassen wir Kant selbst darüber sprechen, der allerdings nicht dichtete, da er sich wahrscheinlich scheute, wie diese Verse auf platten Füßen herumzulaufen: „Allein der Deus ex machina ist in der Bestimmung des Ursprunges und der Gültigkeit unserer Erkenntnisse das Ungereimteste, was man nur wählen kann, und hat außer dem beträchtlichen Birkel der Schlussreife unserer Erkenntnisse noch das Nachteilige, daß er jeder Grille oder andächtigen oder grüblerischem Hirn-gepinnte Vorschub gibt.“ Dieser Kritik ist nichts hinzuzufügen. Der neue „Zeitschrift“-Mann wird die Prinzipalität ja bestimmt herrlichen Zeiten entgegenführen!!!

X. V. 3.

Nach der Aprilaktion

Mit dem 31. Mai geht es also tariflich wieder einmal zu Ende. Unse Tarifbauleute stehen abermals vor einem schweren Werke. Wenn man jedenfalls auch nicht von Grund aus neubauen will, wie es die Prinzipalität im Dezember mit ihren verblüffend-fühnen Anträgen gewollt hat, aber keineswegs erreichen konnte, so wird sie diesmal doch nicht gleich an Bescheidenheit sterben wollen. Sie münte allerdings viel gelernt haben aus den Verhandlungen vom Dezember bis in den April. Es wird sich zu zeigen haben, ob alles für die Kab gewesen ist. Dann werden die Gehilfenvertreter darauf die richtige Antwort zu geben wissen!

Die Aprilaktion aber mühte ihnen schon allein gezeigt haben, daß die Gehilfenaktion nicht mit sich haben läßt. Auch das Reichsarbeitsministerium mit seinen immer unbaltbarer werdenden Schiedsordnungen wird sich wohl sagen, daß es den Buchdruckergehilfen nicht noch mehr bieten kann, und da doch in vielen Orten die Prinzipale bei der Aprilaktion durch die Tat bewiesen haben, daß sie mehr bezahlen können, sollte man im Reichsarbeitsministerium den Klagelebern der Prinzipalvertreter nur diese Tatsachen entgegenhalten. Wir Gehilfen aber wollen aus der Aprilaktion das uns merken, daß wenn der Deutsche Buchdrucker-Verein und das Reichsarbeitsministerium doch nichts gelernt haben sollten, daß wir uns dann einheitlich und allgemein erheben. Wir haben im vergangenen Jahre so lange und so schwer darben müssen, daß ein heftiger kurzer Streik auch durchhalten ist. Die im April eingetretene Ungleichheit in den Löhnen muß natürlich beseitigt werden.

Aber wir müssen auch schon allgemein beobachten, denken und beurteilen lernen. Viele fühlen noch gar nicht, was im Werden ist, daß im allgemeinen Wirtschaftsleben eine neue Ordnung der Dinge in Anmarsch ist. Es gehört heute deshalb zu den wichtigsten Aufgaben eines Führers, vorausszusehen und voranzuhandeln; zu fühlen, was kommt, sich nicht überrennen lassen. Wir müssen uns klar sein, daß die deutsche Wirtschaft in den alten Formen nicht mehr leben kann.

Der Unternehmer wird erkennen müssen, daß er dem Staat als dem Vertreter der Allgemeinheit eine starke Beeinflussung seines wirtschaftlichen Schaffens gestatten muß; daß die willkürliche Verwendung von Boden, Kapital oder Arbeit, den drei Grundbestandteilen des Volkswirtschaftens, nicht statthaft ist; und daß der Allgemeinheit ein Anteil an dem Mehrwert seines Schaffens zustehen muß.

Dem Arbeiter und Angestellten hinwiederum wird aber auch klarer als heute zum Bewußtsein kommen, daß der Arbeiter nicht nur wie jeder Mensch seine eigenen Interessen im Auge hat, sondern daß er auch in hohem Maße den Interessen der Allgemeinheit dient; daß der Unternehmer keine Drohne sein darf, die sich von dem berühmten Mehrwert der Handarbeiter mästet. Die deutsche Wirtschaft der Zukunft muß den Schaden gut machen, den die deutsche Politik der Vergangenheit angeht hat.

Sinnes über alle Parteigegensätze. Wer nicht die letzte Kraft herab, wer seine ist, wer nur an seinen eigenen Vorteil denkt, wer rousert, wer sich als wirtschaftlicher Selbstverleerer befaßt, — der ist ein Hochverräter, der vor das Standgericht gehört.

Wenn die deutsche Wirtschaft leben soll, wenn unser Land leben soll, wenn wir alle leben sollen, — so müssen in unsere Wirtschaft neue Ideen kommen.
Mugsburg. E. G.

Mitteldeutscher Maschinenfertertag

in Leipzig am 10. und 11. Mai 1924

Der Gedanke der Leipziger Maschinenfertertag, mit ihrem 25jährigen Stiftungsfeste einen Mitteldeutschen Maschinenfertertag zu verbinden, war ein glücklicher, denn weit über Mitteldeutschland hinaus hatte dieser Ruf aus Leipzig ein lebhaftes Echo gefunden. Trotz der Ungunst der Verhältnisse waren Vertreter der Gauen Brandenburg, Mecklenburg, Schlesien, Erzgebirge-Bohland, Dresden, An der Saale und Osterrhein-Löhningen bereits am Sonnabend in Leipzig eingetroffen, um am 25jährigen Stiftungsfest der Leipziger Maschinenfertertag-Bereinigung teilzunehmen. Durch ein groß angelegtes Programm wurde dieser Tag festlich begangen. Der Vorsitzende Richter wies in seiner Rede kurz auf die Bedeutung dieses Tages hin. Hierauf brachte der Vorsitzende der Zentralkommission der Leipziger Maschinenfertertag-Bereinigung die herzlichsten Glückwünsche dar. Diesem schlossen sich Vertreter des Gauverbandes sowie sämtlicher Leipziger Sparten an. Nur zu schnell waren die wenigen Stunden echter Kollegialität vorüber.

Am Sonntag fand dann ebenfalls im „Volkshaus“ der Mitteldeutsche Maschinenfertertag statt. Der Vorsitzende der Leipziger Maschinenfertertag-Bereinigung, Kollege Richter, eröffnete um 10 Uhr vormittags die Tagung, begrüßte die Erschienenen und gab vor allem seiner Freude darüber Ausdruck, daß die auswärtigen Kollegen in so großer Zahl erschienen seien. Eingeleitet wurde die Tagung durch Gesang des „Gutenbergs“. Kollege Richter gab dann einen kurzen Rückblick über die Maschinenfertertagbewegung während der letzten Jahre in Leipzig und erläuterte die Gründe, die die Leipziger Maschinenfertertag-Bereinigung zu dieser Veranstaltung veranlaßt haben.

Hierauf erhielt der Vorsitzende der Zentralkommission, Kollege Kreckschmer, das Wort zu seinem Vortrage: „Die Aufgaben der Maschinenfertertag in Gegenwart und Zukunft“. In seinen Ausführungen streifte Redner zunächst die letzte Lohnbewegung und rezipierte die Stellungnahme der Zentralkommission. Dann kam er zu seinem eigentlichen Thema und teilte die Aufgaben der Sparte in Technisches, Sanitäres, Organisatorisches und Tarifliches. Unter Tariflichem schilderte er die der Zentralkommission von sämtlichen deutschen Gauen zugegangenen Proteste gegen das letzte Lohnabkommen. Die wichtigste Aufgabe der Sparte sei es, wieder bessere Verhältnisse zu schaffen. Keine Arbeitergruppe habe derartige Abstriche von ihrem Lohn erlitten wie die Maschinenfertertag. Die Unternehmer seien bestrebt, die Löhne niedrig zu halten, indem sie das Gelpens der Inflation an die Wand malten. Die Maschinenfertertag müßten unbedingt ihren 25prozentigen Zuschlag wieder erhalten. Kollege Kreckschmer schloß seine trefflichen Ausführungen mit den Worten: „Alles mit dem Verband und durch den Verband!“

In der nun einsetzenden sehr regen Diskussion kam von allen Rednern einmütig und zum Teil in scharfen Worten zum Ausdruck, daß bei den am 16. Mai beginnenden Tarifverhandlungen unbedingt an der Forderung von 25 Proz. Zuschlag festzuhalten sei. Der Zentralkommission wurde verschiedentlich Vorwürfe über zu laue Haltung gemacht. Ein Antrag auf Schluß der Debatte erübrigte weitere Ausführungen.

In seinem Schlußwort erklärte Kollege Kreckschmer, daß ihn die Sachlichkeit der Kritik angenehm berührt habe. Er nehme das Bild aus der Versammlung mit, daß die Maschinenfertertag gewillt seien, unbedingt an ihrer Forderung festzuhalten und sie auch durchzusetzen.

Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Der heute, am 11. Mai 1924, in Leipzig abgehaltene Mitteldeutsche Maschinenfertertag fordert die unbedingte Wiederherstellung des tariflichen Lohnzuschlages von 25 Proz. für Maschinenfertertag. Den von Arbeitgeberseite aufgestellten Grundsat: „für Vorkriegsleistungen auch Vorkriegslohne“ nehmen auch die Maschinenfertertag für sich in Anspruch. Ferner wird eine der intensivsten Arbeitsweise der Maschinenfertertag entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich 7 Stunden gefordert. Die deutschen Maschinenfertertag werden jeden Tarif ablehnen und sich mit allen zur Verküpfung stehenden Mitteln gegen einen solchen wehren, der nicht eine befriedigende Regelung dieser beiden Punkte bringt.

Ein weiterer Antrag wurde der Zentralkommission als Material überwiesen.

Hierauf schloß Kollege Richter mit der Mahnung zur Einheit und Geschlossenheit mit einem Hoch auf den Verband den Mitteldeutschen Maschinenfertertag.

Korrespondenzen

Deffau. Eine nach Abschluß des brüskierten Vorschlags abgehaltene Beratung nahm folgende Entschliessung an: „Die heute im „Licht“ tagende Versammlung des Ortsvereins Deffau im W. D. V. nimmt von der vom Reichsarbeitsministerium erhaltenen Verbindlichkeitsklärung vom 11. April mit Entzückung Kenntnis und erklärt, daß angesichts der von der Prinzipalität getriebenen Preispolitik und der

guten Konjunktur im Gewerbe die getroffene Lohnregelung von 30 M. in der Spitze bis herunter auf 18 M. in der letzten Lohnstaffel, als vollkommen ungenügend anzusehen ist. Die ab 3. Mai vorgesehene „Zulage“ von 1,50 M. wirkt sich nach den vorhandenen Staffeln zu Bettelstufen aus, und ist weder geeignet, Arbeitsfreudigkeit zu wecken, noch den gewerblichen Frieden zu sichern. Unter dieser Bewertung des Schiedsspruches fügt sich die Gehilfenschaft zunächst dem Zwange desselben, um bei gelegener Zeit die Mittel anzuwenden, die sie als zweckdienlich ansieht, die berechtigten Forderungen nach einer menschenwürdigen Existenz nach so langen Jahren größter Entbehrung durchzusetzen. Den Verhandlungsstand aber erlucht sie, auf schnellstem Wege neue Lohnverhandlungen anzubahnen.“

Bezirk Offenbach a. M. In der Versammlung am 16. April erfolgte nach Erledigung von fünf Neuaufnahmen und Bekanntgabe verschiedener geschäftlicher Eingänge eine Aussprache über den Schiedsspruch im Buchdruckgewerbe. Vorsitzender B i s c h n e r schilderte in seinen Ausführungen den Gang der Dinge. Die Aussprache selbst bewachte sich in leidenschaftslosen Bahnen und gelieferte mit treffenden Worten die ergangene Verbindlichkeitserklärung. Zum bevorstehenden Sonntag wurden die Kandidaten nominiert. Unter „Bezirksangelegenheiten“ fanden einige Unklarheiten in bezug auf Verlen Aufklärung.

Gau Ostpreußen. (Situationsbericht.) Bei dem Aprilvorgehen traten zunächst in Aktion drei Orte: Königsberg, durch Stellung eines dreiflüchtigen Ultimatus und Streik, Elbitz und Elbing durch Überreichung von Kündigungen. Königsberg erreichte in der Höchstdauer nach zweieinhalbwöchigem Streik: Erhöhung des Minimums von 25,92 auf 33,00 = 7,68 M. mehr, zahlbar ab 29. März. Bisher bestandene Überminimumbezahlung blieb unberührt. Verbindlich erklärter Schiedsspruch, der nachher für Königsberg 28,80 M. brachte, verbesserte nach den Bedingungen des Streiks, weil die Differenz zu der schon bestehenden Überminimumbezahlung ausgleichend werden mußte, diese um 4,80 M. In den Streikforderungen wurde gleich das reelle Ergebnis des Kampfes verankert, damit es nicht bei einem geringeren verbindlich erklärten Tariflohn wieder verloren geht. Die Streiklage wurde restlos bezahlt. In Betracht kommen rund 500 Kollegen. Alle Hilfsarbeiter nehmen Anteil tariflich prozentual. Die Maschinensetzer erreichten durch Stellung von Sonderforderungen noch Ertragszulagen, so daß sie jetzt allgemein genommen 20 Proz. über Handwerkerentlohnung stehen. In Elbitz wurde Forderung gestellt von 32,90 M. als Minimum und es erreichten ungefähr 60 Gehilfen diese sofort. Nachdem der verbindlich erklärte Schiedsspruch 28,20 M. brachte, wurde dieser anerkannt; Firmen bezahlten aber über Minimum bis zu 5 M. In Elbing erreichten die Forderung von 32,90 M. sofort ungefähr 40 Gehilfen. Ab 29. März wurde nachgezahlt. Als der verbindlich erklärte Schiedsspruch herauskam, wurde dieser als tarifliche Grundlage angenommen. Eine Verbesserung über Minimum hatte schon kurz vorher für den größten Teil der Elbinger Gehilfen plattgehabt. Auch in andern Orten Ostpreußens zeigte sich erfreulicherweise. So meldete V y d einen Spitzenlohn von 31 M. (4 M. über Minimum) und Nachzahlung von zwei Wochen. In den Genus kommen etwa 20 Gehilfen. K a s t e n b u r g konnte schon vor ein paar Wochen in der Bezirksversammlung eine Bezahlung über Minimum von 5 M. melden (15 Gehilfen). G u m b i n n e n hat die ab 3. Mai einsetzende Verbesserung des Tariflohns von 1,50 M. sofort erhalten (10 Gehilfen). Auch ist keine Verringerung in der Bezahlung durch die Verkürzung des Drissauschlages um 2 1/2 Proz. eingetreten. In einigen andern Orten schweben noch auf Vorstellwerden der Gehilfen über Aufbesserung der tariflichen Löhne durch Bezahlung über Minimum Verhandlungen. Manche Prinzipale haben von selbst freiwillig die unfaßbaren niedrigen Löhne aufgebessert durch Zulagen, indem sie anerkannten, daß mit der jetzt üblichen Bezahlung des Minimums nicht durchzukommen ist. Erfolg haben insgesamt gehabt in Ostpreußen bisher ungefähr 650 Gehilfen und 100 Hilfsarbeiter.

Pirna. An unserer Bezirksversammlung am 27. April nahmen teil 28 Kollegen aus Pirna, 7 aus Neustadt, 6 aus Sebnitz, 3 aus Schandau, 3 aus Königstein und 2 aus Dohna. Gauvorsitzer F r e i t a g (Dresden) verbreitete sich über „Die letzten Ereignisse“. Aus der Debatte ging hervor, daß die Ruhe wohl äußerlich wieder eingetreten, aber eine innerliche starke Bitterung zurückgeblieben sei, die nur durch besseres soziales Verhältnis unserer Prinzipale behoben werden könne. Scharfe Worte fielen wegen der Zurückblaffung infolge der Verbindlichkeitsklärung. Nicht drastisch trat hierbei zutage, daß die Lohnbewegung nicht durch Aufputschen durch unsern Gauvorstand und die sogenannten „Brüderlichen Helfer“ (unser besten führenden Kollegen) geschürt wurde, sondern daß sie das Produkt eines lang aufgeschoberten Annahms über die schlechte Entlohnung war. Lobend hervorzuheben wurde die allseitige feste Gesinntheit im Bezirke. Die Berichte aus den Bezirken ergaben überall starken Geschäftsgang, große Anschaffungen von Maschinen usw. und Bornahme von Neubauten. Dem Schlusswort unseres Gauvorsitzers folgten noch Winke für den Verbandstag in Hamburg sowie für die bevorstehende Tarifveränderung.

Waldheim-Weinshausen. (Maschinensetzer.) In unserer Versammlung Mitte April konnte auch der letzte Maschinensetzer der Sparte angeführt werden. Zurzeit stehen hier am Orte elf Setzmöschinen (Linothpe), an denen 13 Maschinensetzer beschäftigt sind. Eine Eintrabe an die besten Prinzipale, bis zum Zustandekommen eines neuen Tariffes, der ohne Zweifel die höchsten Sonderbestimmungen wieder enthalten muß, für die Zukunft den 2-prozentigen Zuschlag wieder den Leistungsulagen zu gewähren, wurde von allen drei Setzungsdruckereien entworfen. Es erhalten danach die hiesigen Maschinensetzer einen Wochenlohn von 45 bis 48 M.

Mursen. Unsr letzte vollaählig besuchte V e r s a m m l u n g beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem letzten Lohnabkommen. Die allgemeine Aussprache hierüber zeigte große Enttäuschung und Entrüstung über den für verbindlich erklärten Schiedsspruch, der Tausende von Gehilfen um den örtlich erreichten höheren Lohnsatz gebracht hat; der meistens unter Vorbehalt der zentralen Regelung bewilligt wurde. Die Aussprache führte zur Annahme folgender Resolution: „Die hiesige Gehilfenschaft protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches vom 2. April. Niemals kann derselbe dazu beitragen, den gewerblichen Frieden zu wahren und die Arbeitsfreudigkeit der Gehilfen zu erhalten. Die Mehrbewilligung von 1,50 M. in der Spitze wirkt sich der Staffellung nach Ortsauschlagen und Lohnklassen in der untersten Stufe zur Lächerlichkeit aus. Die Verbindlichkeitsklärung ist um so unverständlicher, als durch zahlreiche örtliche Zugeständnisse der Beweis der Tragfähigkeit der Betriebe erbracht wurde. Die Gehilfenschaft muß es in Zukunft ablehnen, sich ihren Lohn durch Gesetz vorschreiben zu lassen, sondern muß sich mit eigenen Mitteln unter Ausnutzung der Konjunktur die Entlohnung verschaffen, die ihren Lebensbedingungen, ihrer qualifizierten Arbeit und dem Gewinn des Unternehmens entspricht.“ Im weiteren Verlauf der Versammlung fanden die übrigen Punkte der Tagesordnung, eine schnelle Erledigung. Beim Punkt „Kartellbericht“ gab unser Delegierter einen ausführlichen Jahresbericht. Vier Anmeldungen zum Verbands waren zu verzeichnen. Unter „Verschiedenem“ wurden noch die Hilfsarbeiterfrage, das Johannistfest, die „Korr.“-Frage sowie einige interne Angelegenheiten behandelt.

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!
(50jährige Verbandsinhablen)

- Seher B. E. G. T i e m a n n, geb. in Hamburg, derzeitige Kondition: „Hamburger Fremdenblatt“.
- Seher Johannes Hermann T h o b e, geb. in Altona, Invalide seit 3. Dezember 1918.
- Seher Eduard W e n d t, geb. in Ludwigslust. Invalide seit 15. August 1907.

Allgemeine Rundschau

Gehilfensprüfung. Die Gehilfensprüfung bestanden vor der Handwerkskammer zu Liegnitz 10 Prüflinge. Im Theoretischen erhielten die Note Gut von den Sebern aus Liegnitz 2, Genügend aus Liegnitz 2, Havnau 1, Kosenau 1, von den Druckern aus Liegnitz 1, Jauer 2, sowie ein Schweißerdegen aus Liegnitz. Im Praktischen erhielten 7 Prüflinge Gut; Genügend je ein Seber aus Liegnitz, Havnau und Kosenau.

Der Wiederantritt des „Korrespondent“. Mit dem Oktober 1923 begann der Abstieg des Verbandsorgans in stärkerem Maße, die Arbeitslosigkeit nahm bedrohenden Umfang an, so daß nur noch 88 150 Abonnenten verblieben. Ende November mit 29 050 war dann der Tiefstand erreicht. 30 150 Auflage zu Ende Dezember kündete an, daß das Schlimmste überwunden war. Die nun eingetretene Marktstabilisierung begann für den „Korr.“ auch eine materielle Wiederaufrichtung zu werden. Dann waren zu verzeichnen Abonnenten: Ende Januar 30 750, Februar 35 250, März 35 250, April 39 400, und gegenwärtig sind es 41 400. Die Auflagensteigerung um 42,5 Proz. gegenüber dem November ist an sich erfreulich, im Hinblick auf die erhebliche Verringerung der Arbeitslosigkeit könnte sie aber doch noch größer sein. Wir erwarten, daß bei den bis zum 25. Mai zu bewirkenden Bestellungen auf den Monat Juni die Zahl der neu hinzukommenden Bezahler beträchtlicher wird. Die in einer ganzen Reihe von Zuschriften an uns über den „Korr.“ zum Ausdruck kommende Befriedigung sowie der sehr niedrige Abonnementpreis mächten das Verbandsorgan schneller wieder zur Auflage in Friedenszeit kommen lassen.

Zur Erhaltung des Leipziger Buchmuseums. Professor Dr. Schramm, der verdienstvolle Direktor des Buchmuseums in Leipzig, richtete vor kurzem einen Appell an alle buchgewerblichen Verbände, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zur dauernden Unterstützung des seit 1885 bestehenden Museums mit Hilfe bestimmter Jahresbeiträge. Wenn jeder Angehörige des Buchgewerbes sich entschließen könnte, eine einjährige Mark im Jahre für das Buchmuseum aufzubringen, so kämen, schlecht gerechnet, jährlich 100 000 Goldmark heraus, mit denen das Museum nicht nur bestehen, sondern sich auch entfalten und im gewerblichen Interesse helfend und fördernd eingreifen könnte. Aus einer derartigen Verpflichtung erwüßten den Unterstützenden auch mannigfache Rechte auf das einstufige Institut, das wertvolles Material zu Studienzwecken birgt. Seine Platksammlungen wie Bibliothek weisen eine Reichhaltigkeit sondergleichen auf. Warum, so fragt Professor Dr. Schramm in seinem Aufruf, wird das Buchmuseum mit seinen Schätzen nicht mehr ausgenutzt? Warum wird von ihm nicht mehr Material zu Ausstellungenszwecken verwandt? Warum werden seine Beamten nicht mehr zu Vorträgen usw. herangezogen, zumal eine überaus reiche Lichtbildersammlung vorhanden ist? Warum hält bei Hauptversammlungen, Jubiläumstagen buchgewerblicher Verbände nicht einer der wissenschaftlichen Beamten des Museums den Festvortrag? Bei entsprechender Organisierung der Sache könnten direkte Vortragszyklen über das Buchwesen entstehen, und auch Verbände, die nicht in Leipzig ihren Sitz haben, würden auf solche Weise von dem Buchmuseum Nutzen ziehen. Günstige Wirkung mit dem Museum würde Anwendung und Förderung für beide Teile bringen, für die buchgewerblichen Verbände, wie für das

Museum. So heberzäuswert der Appell zur Unterstützung und Erhaltung des Buchmuseums auch ist, so können doch unter den gegenwärtigen Verhältnissen die graphischen Arbeiterverbände nicht daran denken, die vorgeschlagene zentrale Abführung von festen Jahresbeiträgen an das Museum durchzuführen. Nur mit lokalen Mitteln wäre vielleicht in der einen oder andern Stadt derartige denkbar. Darüber hinaus muß es in erster Linie dem Reich, dem Freistaat Sachsen und der Stadt Leipzig, sowie den finanziell bessergestellten, an dem Unternehmen interessierten Arbeitgebervereinigungen überlassen bleiben, die zur Erhaltung und zum Ausbau des Leipziger Buchmuseums benötigten Mittel zur Verfügung zu stellen. Das müßte den beteiligten Unternehmerorganisationen doch um so leichter fallen, als sie erwiesenermaßen für andre, weniger kulturelle Zwecke, ganz bedeutende Mittel aufwenden.

Der deutsche Büchermarkt in der Inflationszeit. Das wirtschaftliche Schreckensjahr 1923 hat, wie auf allen Gebieten des Handels, so auch auf dem Büchermarkt seine deutlichen Spuren hinterlassen. Wie Dr. Hans Praesent in einem Aufsatz über die deutsche wissenschaftliche Literatur der beiden letzten Jahre im „Literarischen Zentralblatt“ ausführt, ist eine Abnahme der Neuerscheinungen im Jahre 1923 festzustellen. Dieser Rückgang der Erzeugung fällt natürlich in die zweite Hälfte, in der der rasche Währungsverfall jede wissenschaftliche und wirtschaftliche Arbeit unmöglich zu machen drohte. Erst nach der Stabilisierung des deutschen Geldes im November setzte die Unternehmungslust auch auf dem Büchermarkt wieder ein und sie scheint seitdem anzukönnen. Die Krisis zeigt sich deutlich in der Statistik. Während von der Deutschen Bücherzeitung Leipzig 1922 50 182 bibliographische Einheiten als Zuwachs verzeichnet werden konnten, wovon als Neuerscheinungen 26 733 Titel registriert wurden, so sind die Zahlen für 1923 bedeutend geringer. Der Gesamtzuwachs der Deutschen Bücherzeitung betrug nur 36 847 Einheiten, und an Neuerscheinungen wurden 21 940 gezählt. Wertwürdig war auch die Entwicklung auf dem Gebiet der Zeitschriften. „Die Jahre der wahllosen und überaus zahlreichen Zeitschriften-Neuerfindungen, besonders auf dem Gebiete der Politik, des Sozialismus und der allgemeinen Lebenserneuerung, scheinen glücklich überwunden zu sein“, sagt Praesent. „In den ersten Nachkriegsjahren konnte die Deutsche Bücherzeitung täglich durchschnittlich drei neue deutsche Zeitschriften feststellen, von denen allerdings viel bereits nach der ersten Nummer einen zumlosen Tod starben. Im Jahre 1922 ermittelte sie 684 neue periodische Organe und 1923 gingen ihr immerhin noch 886 neue Zeitschriften zu, also täglich mehr als eine. Im letzten Vierteljahr war jedoch schon wieder eine Zunahme zu bemerken, und zwar werden jetzt wertvollere Organe gegründet oder vorübergehend eingestellt leben mit neuem Programm wieder auf.“

Maßnahmen zur Besserung. In dem bekannten Organ der Holzindustrie, dem „Holzmarkt“, wurde kürzlich den kampfslüsteren Unternehmern in recht energischer Form der Standpunkt folgendermaßen klargestellt: „Wir verstehen die Firmeninhaber nicht, wir verstehen vor allen Dingen ihre Gedankenlosigkeit nicht. . . Selbstverständlich soll der Firmeninhaber sparen, wenn das Geschäft so elend geht wie seit einigen Monaten, nur kommt es darauf an, wo er spart! — In erster Linie an sich selber! Muß er ein Auto haben, kann er nicht mit der Elektrischen fahren und dennoch ein anständiger Mann bleiben? Muß er mit dem Sparen anfangen, indem er soundsovieler verheiratete Angestellte mit Frau und Kindern auf die Straße wirft? Denn das bedeutet heute meist die Kündigung und die Wohnungsentscheidung! Der Weg eines anständigen Chefs ist ein ganz anderer! Der spart an sich, an eigenem Luxus, an der eigenen Person und in seinem Hausstande, und da gibt es verdammt viel zu sparen; so mancher kann da bei seinem eigenen Verbrauch in Familie und an Geselligkeit, wo oft keine Verschwendung und keine Großtuererei ihm zu groß erscheint, 75 Proz. und mehr seiner Ausgaben sparen! Und wenn er schon nicht nach St. Moritz fährt, kann er darum auch noch ein anständiger Mensch bleiben wie mancher andre, der hiergebüthen ist, St. Moritz nie gesehen hat. Wenn diese Sparsamkeit am eigenen Leiden nam restlos bis auf das kleinste durchgeführt ist, wenn es dennoch nicht geht und weiter gespart werden muß, dann allenfalls künbige man un- verheirateten Angestellten. Aber einen Verheirateten in solcher Zeit mit Frau und Kindern auf die Straße zu werfen, das ist eine Verlosstafelt, geradezu eine Gemeinheit, solange nicht der Bestand der Firma unbedingt — wirklich unbedingt — es erfordert! . . . Auch in schlechter Geschäftszeit kann guter Wille des Chefs und seiner Prokuristen (die sollen es sich vor allem merken und nicht nur schmeichelnde Kopfnicker und Sasager spielen!) an Sparsamkeit sehr viel schaffen. Man braucht nicht immer zuerst ausgerechnet an den armen Angestellten dort unten zu sparen, man soll nur bei sich selber anfangen!“

Der Nietenkampf im Bergbau. Die von den Sechenbaronen frivool ins Werk gesetzte Aussperrung der gesamten Bergarbeiterchaft bildet den Auftakt zu schweren sozialen Kämpfen, denen die Arbeiterchaft entgegensteht. In diesen Kämpfen stehen die Tragen Herrenrecht oder Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, zügellose Profitwirtschaft der Unternehmer oder angemessener Lohnanteil der werkschaffenden Menschen an Produktionsertrag zur Entscheidung. Den Bergarbeitern soll das Recht auf die Siebenstundenschicht unter Tag und die Achtsstundenschicht über Tag entzogen werden. Den Bergherren ist es darum zu tun, die Lasten der Misere zu übertragen auf die Arbeiterchaft abzuwälzen. Sie wollen absolut keine tarifliche Anerkennung von Arbeiterrechten, sondern verlangen die willenslose Unterwerfung. Noch ehe die Bergarbeiter zu dem Entschluß gelangt hätten, den Bergbau zu verlassen, wurden sie ausgeschloren. Kost eine halbe Million Bergarbeiter hieran auf der Straße, und rund 22 000 Waggon Kohlen werden durch den Gewaltakt der Bergherren dem Wirtschaftsleben täthlich entzogen. Kein Wunder, wenn nach andre Industrien durch die Bergarbeiteraussperrung schwer in Mitleiden-

schaft gezogen werden, und wenn sogar außenpolitische Komplikationen entstehen, die das deutsche Wirtschaftsleben aufs neue erschüttern. Für die Reichsregierung bestünde wirtlich alle Veranlassung, den machtpolitischen Motiven des Unternehmertums gegenüber die staatspolitischen Notwendigkeiten der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens zu betonen und den Starrsinn der Bergherren zu brechen. Die sozialen Auswirkungen des Ausperrungsbeschlusses des Sechenverbandes sind unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen täthlich unübersehbar. Die in Berliner amtlichen Kreisen vertretene Auffassung, daß der Konflikt im Ruhrbergbau politischen Motiven entsprungen sei und die Bergarbeiterbewegung unter dem Einfluß der Kommunisten und der Union, wurde von den vier Bergarbeiterverbänden als eine verhängnisvolle Verkennung der Zusammenhänge abgelehnt. Es steht fest, daß die Ruhrbergarbeiter fast restlos den Parolen der Bergarbeiterverbände folgen, die ausdrücklich einen Streik und eine politische Verquickung der Dinge ablehnen haben. Der kommunistisch-unionistische Parole folgen nur 1,5 Proz. der Belegschaften. Es ist in dem Aufruf der an dem Tarifvertrag beteiligten vier Bergarbeiterverbände wiederholt dargelegt worden, daß die Differezen rein wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Art sind.

Internationale Solidarität. Aus Kreisen des Internationalen Gewerkschaftsbundes verlautet, daß die Lohn- und Arbeitszeitbewegung der deutschen Bergarbeiter als außerordentlich wichtiger Vorgang für die internationale Bewegung um den Achtstundentag von der internationalen Arbeiterchaft mit größter Spannung verfolgt wird. Da die Lage im Ruhrgebiet augenblicklich noch außerordentlich unklar ist und keine offiziellen Berichte des deutschen Bergarbeiterverbandes bei der Bergarbeiter-Internationale in London vorliegen, hat die Gewerkschaftsinternationale noch keine Beschlüsse über den Kampf um den Achtstundentag in Deutschland fassen können. Von maßgebender Seite des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird aber versichert, daß, falls die Lohn- und Arbeitszeitbewegung der deutschen Arbeiterchaft sich in einen allgemeinen Kampf für den Achtstundentag ausweitert, die deutschen Arbeiter auf die weitestmögliche Unterstützung der Gewerkschaftsinternationale rechnen können. Im Fall der Ausdehnung der deutschen Bergarbeiterbewegung wird voraussichtlich der ausführende Ausschuß der Bergarbeiter-Internationale in nächster Zeit in Amsterdam zusammentreten.

Briefkasten

A. G. in S.: So darf das nicht angefaßt werden, sondern nur als das für die augenblickliche Situation bei der Situation selber Gegebenen. In diesem Sinne haben sich auch mehrere Blätter der Sozialdemokratie ausgesprochen. Selbstverständlich werden Ihre Erwartungen für später hier geteilt. Bekanntschaft — K. G. in Hamburg: Berichtigungsberichte, die sich ausschließlich mit der Vorbereitung und dem Verlauf der letzten Lohnnummer betreffen, können nicht mehr gebracht werden. — **A. M. in Köln:** Reiz in voriger Nummer ist zu berichtigen in 4,00 M. und 5,20 M., also zusammen 9,20 M. — **M. A. in A.:** Haben Sie wieder die falsche Nummer angegeben? — **Koch Guben:** Inf. 443: 1,20 M. — **M. U. in Wm.:** Inf. 460: 2,10 M.

K. H. in L. u. g.: Aus der „Gewerkschaftszeitung“ vom 10. Mai erfahren wir, daß die herein kürzlich behandelte Krise in der Sozialpolitik, im „Korr.“ Nr. 41 (Seite 254) von uns frei verarbeitet, weil beherrschende Vermischungen enthält. Was Professor Dunies gesagt hat, ist nämlich dem Professor Dietner zugehört und auch umgekehrt. Dietner ist also zu Unrecht mit vernünftigen Gegnern angeführt worden.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Chausseepark 5 II. Fernruf: Amt Kurfrk Nr. 1102. Postsekretariat: Berlin Nr. 102387 (H. Schweinlg)

Sau Dresden. Die Mitteilung Nr. 8 kann von den Dresdener Druckerien im Bureau der Bauverwaltung druckerweise in Empfang genommen werden. Provinzliste erhalten die Liste durch die Post.

Sau Mittelrhein. Die Bezirksfasserer werden ersucht, dem Gauvorstand unverzüglich mitzuteilen, welche Kollegen im Laufe der letzten Jahre ausgemwandert sind: ob Maschinenfasser, Handfasser oder Drucker in Frage kommen und wohin sich diese Kollegen gewandt haben, nach Argentinien, die Vereinigten Staaten von Nordamerika usw. Die Angaben werden dringend benötigt. — Dann fehlen uns noch von R. A. in a und B. i. s. a. d. e. n. die auf der Bezirkssozialkonferenz vom 13. April verlangten Listen, um deren rasche Einlieferung wir ebenfalls ersuchen.

Beizt Rannburg. Als Vertreter zum Gaufrage wurden gewählt: Emil Frick, H. G. in a. u. m. n., W. G. in e. n. f. e. und O. T. e. i. c. h. m. a. n. n. Als Ersatzmann: H. Heinemann.

Frankfurt a. M. Wir warnen hiermit vor dem Seher Fritz Weinmann aus Ruffenhäuser bei Stuttgart, der hier drei Wochen landflüchtig, angeblich sein Verbandsbuch nachgekauft zu erhalten, und dann spurlos von hier verschwand, nachdem er zweimal mit ihm zusammen wohnenden Kollegen die Anträge gestohlen hatte. Außerdem entwendete er einem Kollegen das Bezirksausstellungsbuch, auf den Namen Alfons Kreimer (Sauptbuchnummer 120 181) lautend. Sollte Weinmann irgendwo auftauchen, wollen ihn die Kollegen sofort der Polizei übergeben.

Kiel. Der Seher Emil W. i. c. h. m. a. n. n., geb. in Hamburg, ausgemeldet in Selbstbrunn a. N. (Sauptbuchnummer 11 011), welcher von hier ohne sich abzumelden abgereist ist, wird hiermit aufgefordert, umgehend seine Reste zu befehlen. Der Betrag ist bis spätestens 21. Mai an den Kassierer B. B. u. r. t. h. a. r. d. t., Darmstraße 73 II 1, einzufenden, andernfalls Ausschluß erfolgt.

Versammlungskalender

- Münsterleben.** Bezirksversammlung Sonntag, den 23. Mai, im „Burghaus“ im Münsterleben. Etwasige Anträge bis 18. Mai an den Bezirksvorsitzenden.
- Berlin.** Maschinen- und Eisenverarbeiter in a. u. m. n. u. g. am Sonntag, den 25. Mai, abends pünktlich 7 Uhr, im „Berliner Arbeiterklub“, Dönhofsplatz 2.
- Beizt.** W. o. n. a. s. v. e. r. s. a. m. m. u. n. g. Mittwoch, den 21. Mai, abends pünktlich 8 Uhr, in der „Eberhühne“.
- Dorimund.** R. e. r. f. a. m. m. u. n. g. Sonntag, den 18. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Grafenhof“ (siehe Karte).
- Dresden.** Stereotypen- und Galvanoplastiker versammlung Sonnabend, den 17. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im „Schmidt's Gasthaus“, Kleine Plauenische Gasse 2. Vorstand: Kollegen eine Stunde früher.
- Wuppertal.** Bezirksversammlung in a. u. m. n. u. g. am Sonntag, den 18. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Königliche Kaffeehaus“, Hauptstraße 2. Vorstand: zur Centralversammlung in a. u. m. n. u. g. am 11. Juni.
- Wuppertal.** Bezirksversammlung Sonntag, den 10. Mai, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im „Königlichen Hotel“.

